

Erklärung zum Fachtag
„Armut. Macht. Flucht.“

Wie globale Armut und Migration unseren Alltag verändern.“

Globale Armut produziert Migration. Menschen flüchten auch zu uns und verändern unseren Alltag. In den letzten Monaten ist eine beachtliche Leistung bei der Aufnahme von Geflüchteten erbracht worden. Viele Menschen haben aber zugleich auch Sorgen und Ängste; sie befürchten eine weitere Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen. Über Jahre wurde zu wenig investiert und zu viel Personal abgebaut, so sind öffentliche Einrichtungen und Dienstleistungen in ihrer Leistungsfähigkeit geschwächt worden. Zugleich wurden Steuern auf große Vermögen, hohe Einkommen und Gewinne gesenkt. Die soziale Ungleichheit hat in den letzten 25 Jahren erheblich zugenommen. Die Spaltung unserer Gesellschaft verläuft aber nicht zwischen Flüchtlingen und Einheimischen, sie verläuft zwischen Arm und Reich.

Armut überwinden - Für ein solidarisches Niedersachsen

In Niedersachsen ist die Wirtschaftsleistung in den vergangenen zwei Jahren deutlich angewachsen. Trotz dieser günstigen Entwicklung sind 1,2 Millionen Menschen – fast jede_r sechste Einwohner_in - von Armut betroffen. Aktuelle Zahlen des Landesamtes für Statistik zeigen: Im Jahr 2015 hatten 15,9 Prozent aller Niedersachsen ein Einkommen unterhalb der Armutsschwelle, das sind 0,6 Prozentpunkte mehr als im Vorjahr. Besonders alarmierend ist, dass dies die höchste Armutsquote seit Beginn der bundesweit vergleichbaren Berechnung im Jahr 2005 ist. In vielen Städten wird es immer schwieriger, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Immer mehr Arbeitnehmer_innen haben unsichere Jobs mit niedrigen Löhnen. Zentrale soziale Leistungen wie zum Beispiel die Renten und die Arbeitslosenunterstützung sind in der Vergangenheit verschlechtert worden.

Es droht ein Auseinanderbrechen der Gesellschaft. Dies muss jetzt verhindert werden. Wir brauchen mehr Solidarität. Solidarität mit den Armen, Arbeitslosen und Abgehängten. Solidarität mit den Flüchtlingen und den benachteiligten Einheimischen.

Die kurzfristige Bereitstellung von finanziellen Mitteln in Milliardenhöhe für die Aufnahme und Integration von geflüchteten Menschen war richtig und muss fortgesetzt



werden. Wir brauchen Integrationsperspektiven für alle Menschen. Die Haushaltslage von Bund und Land bietet aktuell Spielraum für erhebliche Mehrausgaben, Schuldenabbau darf nicht zum Selbstzweck erhoben werden. Zudem brauchen wir eine gerechte Einnahmepolitik, die Millionäreseinkommen, Unternehmensgewinne sowie große Erbschaften und Vermögen stärker besteuert.

Um die Armut in Niedersachsen zu überwinden fordern wir:

- **Die Regulierung des Arbeitsmarktes:** Jede_r vierte Arbeitnehmer_in ist inzwischen prekär beschäftigt – in Leiharbeit, Minijob, Befristung oder Teilzeit unter 20 Wochenstunden. Insbesondere unter 30jährige sind von diesen unsicheren Beschäftigungsformen betroffen. Die damit einhergehenden Arbeitsbedingungen und niedrigen Löhne erlauben oftmals keine langfristige Lebensplanung und Familiengründung. Auch Migranten sind von der bestehenden Spaltung des Arbeitsmarktes betroffen. 35 Prozent der „Ausländer_innen“ waren im Vergleich zu 23 Prozent der Deutschen mit einem Niedriglohn beschäftigt. Die Verbreitung von unsicheren und schlecht entlohnten Beschäftigungsverhältnissen muss durch gesetzliche Regulierungen gestoppt werden. Reguläre, tariflich bezahlte und unbefristete Arbeitsverhältnisse müssen wieder Standard werden.
- **Die Einrichtung eines sozialen Arbeitsmarktes:** Die Chance auf reguläre Beschäftigung ist für Langzeitarbeitslose sehr gering. Niedersachsen braucht deshalb einen öffentlichen Beschäftigungssektor („sozialer Arbeitsmarkt“) mit fairen Bedingungen. Unzweifelhaft gibt es enorme gesellschaftliche Bedarfe zur Verbesserung der sozialen Infrastruktur, vor allem in den Bereichen Erziehung, Bildung, Pflege, Gesundheit und Kultur. Hier gibt es viele sinnvolle Einsatzfelder, die keine reguläre Beschäftigung verdrängen. Langzeitarbeitslose sollten daher bei Kommunen und Wohlfahrtsverbänden auf freiwilliger Basis zu regulären, tariflichen Bedingungen beschäftigt werden. Dies wäre auch ein wichtiger Baustein zur Schaffung von Arbeitsplätzen für geringqualifizierte Zuwanderer_innen, die bis zu dreimal so häufig wie die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Solange eine entsprechende Reform der öffentlichen Beschäftigung auf Bundesebene nicht erfolgt, muss auf Landesebene gehandelt werden – wie es der Koalitionsvertrag der Landesregierung vorsieht.

- **Die Einführung einer Ausbildungsgarantie:** Zwar waren in Niedersachsen laut offizieller Statistik zum Beginn des letzten Ausbildungsjahres 3.418 Ausbildungsstellen unbesetzt, gleichzeitig waren aber 11.411 junge Menschen auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz. Niedersachsen ist bundesweit damit Schlusslicht: In keinem anderen Bundesland werden so wenige Ausbildungsplätze im Verhältnis zur Zahl der Bewerber_innen angeboten. Inzwischen ist ein relevanter Teil der jüngeren Generation von Teilhabe durch Bildung abgehängt – durch die große Zahl junger Flüchtlinge droht sich dieses Problem zu verschärfen. Um zu gewährleisten, dass jede und jeder an Ausbildung Interessierte einen Ausbildungsplatz bekommt, brauchen wir eine Ausbildungsplatzgarantie: Jugendliche, die in keinen Ausbildungsplatz vermittelt werden konnten, sollten zunächst in einer einjährigen Berufsfachschule ein erstes Ausbildungsjahr absolvieren. Falls die Vermittlung nach Ablauf des Berufsfachschuljahres in eine reguläre Ausbildung nicht gelingt, muss sichergestellt sein, dass die begonnene Ausbildung außerbetrieblich weitergeführt werden kann.
- **Bezahlbaren Wohnraum für alle:** Im Jahr 2014 wurden in Niedersachsen knapp 25.000 Wohnungen fertig gestellt. Für das Jahr 2015 ist unter Zugrundelegung der Baugenehmigungen im Jahr 2014 mit einem ähnlichen Wert zu rechnen. Der Bedarf ist allerdings wesentlich höher. Vor allem in den niedersächsischen Universitätsstädten sowie den Einzugsgebieten von Hamburg und Bremen hat sich inzwischen ein Wohnungsdefizit von mehreren 10.000 Wohnungen aufgebaut. Die Folge des vernachlässigten Wohnungsbaus sind steigende Mieten, unter denen insbesondere Arbeitnehmer_innen in den Universitätsstädten und Ballungsgebieten stark leiden: Ihr verfügbares Einkommen sinkt und es droht ihnen Verdrängung aus den Städten. Daher fordern wir die Landesregierung auf, mit einem geeigneten Maßnahmenmix aus Förderung privater Investoren, Genossenschaften und Kommunen, 35.000 neue Wohnungen pro Jahr für Niedersachsen zu schaffen.
- **Gesundheit für alle:** Betroffene befinden sich in einem Teufelskreis: Armut macht krank und Krankheit macht arm. Seit Einführung der Agenda 2010 hat sich dieser Prozess verschärft, unter anderem durch die Ökonomisierung von Versorgungsbereichen. Besonders betroffen sind Erwerbslose, Alleinerziehende, Flüchtlinge, nicht krankenversicherte EU-Bürger_innen

(vornehmlich aus osteuropäischen Ländern), Wohnungslose. Arme Frauen sterben 8 Jahre früher, arme Männer 11 Jahre. Um der gesundheitlichen Chancenungleichheit entgegenzuwirken, brauchen wir eine gesamtgesellschaftliche Strategie. Gute Gesundheitspolitik ist auch soziale Arbeitsmarkt, Bildungs-, Umwelt- und Wohnungspolitik, und gute medizinische Versorgung für alle. Als erste Schritte fordern wir: Landesweite Einführung der elektronischen Gesundheitskarte für Geflüchtete und Asylsuchende, niederschwellige medizinische Sprechstunden „vor Ort“ wie das „Zahnmobil“, interdisziplinäre Versorgungskonzepte durch Zusammenarbeit und Verzahnung von sozialer Arbeit, Pädagogik, Psychologie, Gesundheitspflege und Medizin.

Die Unterzeichnenden:

Landesarmutskonferenz LAK Niedersachsen, AWO, Caritas in Niedersachsen, DGB Niedersachsen, Diakonie in Niedersachsen, Flüchtlingsrat Niedersachsen, SoVD Niedersachsen, Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen (VEN), ver.di Niedersachsen-Bremen, VHS Hannover

Hannover, 17. Oktober 2016